

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Zeitschriften- und Buchvertrieb durch die Post bezogen monatlich 1,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresden, Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Friedrichstr. 17250 / Fernsprecher 17250 / Buchhandlung: Dresden, Markt 1869. Durchlaufzeit: Montag von 18 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwoch von 17 bis 18 Uhr für Betriebe und arbeitsrechtliche Fragen, Freitag von 18 bis 18 Uhr juristische Sprechstunde.

Anzeigenpreise: Die neuzeitlich gestattete Non-arrangierte oder deren Raum 4,50 RM, für Familienanzeigen 3,00 RM, für die Kolonialzeitung anderwärts an den dreifachen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Einzelnummern: wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expeditions Dresden-2, Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Anpreisung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Auslieferung des Nachdruckes.

5. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 14. November 1929

Nummer 265

Der deutsche Botschafter in Moskau widerlegt Tatarennachrichten über Bauernnot

„Rote Fahne“ veröffentlicht sensationellen Geheimbericht Dircksens

„Klagen führt nur reiche Minorität. Die ärmere deutsche Landbevölkerung schließt Frieden mit der Sowjetregierung“

Dresden, 14. November.

Seit einigen Tagen läßt die gesamte bürgerliche und sozialdemokratische Presse ihre Spalten mit Tatarennachrichten über die „Not der deutschen Bauern in der Sowjetunion“ befüllen. Begonnen hat diese Kampagne das angeblich demokratische Organ Dresdener Neuzeit Nachrichten, von denen es die deutschsprachigen Nachrichten, der sozialistische Anzeiger und in den letzten Tagen auch die sozialdemokratische Dresdener Volkszeitung übernommen haben. Auf die ersten Meldungen antworteten wir schon vor einigen Tagen mit der Feststellung, daß die sogenannte „Sozialdemokratische Bauernbewegung“ lediglich die Aktion einer von religiösen Sektanten aufgepuschten und durch die sozialistische Entwürdigung in der Landwirtschaft ihrer bisherigen Positionen beraubten kleinen Wirtschaftlichkeitspartei ist, die über die zur Wahlmache für die Koalitionsparteien in Deutschland ausgenutzt werden sollen. Wir wiesen dabei darauf hin, daß diese Bewegung keinesfalls mit der Stellung und Arbeit des großen Teiles der deutschen Landbevölkerung gleichgestellt werden darf und daß alle Schwindelreden über kommunistischen Sowjetterror gegen die deutsche Bevölkerung

aufsichärfte zurückgewiesen werden müssen, weil sowohl in ökonomischer als auch in kulturpolitischer Hinsicht die deutsche Bevölkerung unter der Sowjetmacht alle Rechte in nationaler und sozialer Hinsicht genießt. Unsere Behauptung, daß es sich bei der riesigen Ummachung der Massenimmigration um eine plumbe Wahlmanöver handelt, wird jetzt durch eine geradezu sensationelle Enthüllung der Roten Presse voll und ganz bestätigt. Diese veröffentlicht in ihrer heutigen Nummer ein Geheimschreiben des deutschen Botschafters in Moskau, aus dem hervorgeht, daß die Seite der bürgerlichen Presse nur der Wahl bereits seit Monaten vorbereitet wurde und aus diesem Grunde schon vorher durch die deutsche Weltöffentlichkeit in Moskau angefordert worden sind. Das Ergebnis liegt in einem Schreiben des Botschafters vor, das die ganze Schamlosigkeit der sogenannten „Koalition für die deutschen Bauern“ aufzeigt. Das Schreiben des deutschen Botschafters in Moskau, das sich zur Zeit im Auswärtigen Amt befindet, ist jedoch in fotografischer Wiedergabe vorliegt, lautet im wesentlichen folgendermaßen:

eine dreistige Bewegung die Sowjetregierung zur Bekämpfung und Verhinderung ihrer Maßnahmen veranlassen könnte.“

Wie beurteilt die deutsche Bauernbewegung die Klagen deutscher Bauern gegen die Sowjets?

Schon aus dem bisherigen Teil des Schreibens ging hervor, daß es sich bei der Pressekampagne um einen organisierten Wahlmanöver handelt. Welche Anknüpfungspunkte die Wahlleiter für ihre Tatarennachrichten haben, wird weiter durch Dircksens Brief enthüllt. Dieser Teil der Enthüllung unterstreicht unsere Behauptung, daß die Auswandernden reaktionäre ausbeuterische Großbauern sind, die sich nicht in die Front der bisherigen ärmere Bauernbevölkerung auf dem Boden der Kollektivierung einordnen wollen, sondern nach wie vor verstockt, mit Hilfe von Spekulationen die große Not der ärmere Bauern ausbeuten. In dem Schreiben heißt es wörtlich:

„Bei der Beurteilung der Klagen, die aus Kreisen der deutschen Kolonisten bis zu den deutschen amtlichen Vertretungen und nach Deutschland gelangen, darf auch nicht vergessen werden, daß diese Klagen in ihrer Mehrheit aus der Oberwelt der deutschen Kolonisten kommen, die nicht die Majorität der Bevölkerung bilden. Ich habe mir von Beobachtern der Verhältnisse in Moskau lassen, daß im Gegensatz zu dieser Oberwelt die ärmere deutsche Landbevölkerung auf dem Wege ist, mit der Sowjetregierung Frieden zu schließen und sich mit ihren kollektivistischen Bestrebungen abzufinden. Bei der Beurteilung der kollektivistischen Bestrebungen und der Tatsache, daß diese sich erst in den kleineren Schichten befinden, darf die Bedeutung derselben für die weitere Entwicklung keinesfalls unterschätzt werden. Es ist mir mit meinem Ersuchen lediglich derjenige Teil der am meisten begüterten und deutschnahen Reichsbürgerschaft nicht beizubehalten deutschen Kolonisten übrig...“

Dieser Teil des Briefes ist geradezu ein durchschlagender Beweis von der Richtigkeit der Haltung der Sowjetregierung gegenüber den angeblich „notleidenden deutschen Bauern“, für die jetzt die ganze Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Sozialdemokraten eingetreten bemüht ist. Es sind nicht die deutschen Bauern, sondern konterrevolutionäre Ausbeuter, die unter der proletarischen Diktatur keine Existenzberechtigung besitzen. Für dieses Volk liegt die Lösung in einer beschleunigten Einheitsfront das ganze Wahlbündel der deutschen

Der Geheimbericht Dr. v. Dircksens

Deutsche Kolonisten.
E. Nr. 10. Im Hinblick auf Bericht E. 372 vom 26. Juli 1929.
Inhalt: Lage der deutschen Kolonisten in der UdSSR.
Vertraulich!
An das Deutsche Konsulat, Moskau.
Meiner das Ergebnis der eingehenden Prüfung, der ich während der letzten Wochen alle mit der Lage der deutschen Kolonisten in der UdSSR und mit der Durchführung einer einmaligen deutschen Konsultation zusammenhängende Fragen unterworfen habe, beziehe ich mich, nachstehend zu berichten:
Der schriftliche und mündliche Meinungsäußerung, der über die Frage der Durchführung einer deutschen Konsultation mittels der deutschen Meinen Kreise unter Hinweisung von in die Verhältnisse eingeweihten Vertrauenspersonen hatte, hat mich in der Auffassung befestigt, daß eine dreistige Aktion weder finanziell durchführbar erscheint, noch einen wesentlichen Erfolg verspricht. Die Lage, in der sich die deutschen Kolonisten befinden, ist — abgesehen von der vorjährigen Währungsreform — die

entfernt damit unbewußt die Schürferlei der Instanzen, die die Organisation dieser Pressebege durchgeföhrt haben. Derselben überließ wörtlich:

„Die von den verschiedenen Seiten an mich herangetragene Anregung unserer sozialistischen Bestrebungen, um die Vindierung der gegen die deutschen Kolonisten gerichteten Repressalien der Sowjetregierung durch eine Bewegung der öffentlichen Meinung in Deutschland (1) zu unterstützen, habe ich im Hinblick auf die damit verknüpften politischen Gefahren und auf die in Abtrotz gemachten Erfahrungen für unannehmbar gehalten. Es besteht auch meine Ansicht, daß es sich um eine rein ausbeuterische Wahlmanöver handelt, daß es möglich sein würde, das Interesse der öffentlichen Meinung in Deutschland für die Lage der deutschen Kolonisten (2), der UdSSR in einem Umfange zu entfalten (3), der es Unrecht an die Sowjetregierung machen würde. Ich habe im Gegenteil Grund zu der Annahme, daß

zumittelbare Folge der Maßnahmen der Sowjetregierung, die auf die Erfüllung eines ihrer wichtigsten politischen Programmpunkte, die Kollektivierung der Landwirtschaft, gerichtet sind.

Es besteht keinerlei Zweifel, daß die Sowjetregierung bei der Durchführung ihres Programms, das sich auf das gesamte Gebiet der UdSSR mit einer Landbevölkerung von etwa 125 Millionen erstreckt, um zuliebe der Heranzüchtung dieser Maßnahmen gegen einig tausend deutsche Kolonisten nicht, lediglich mit Rücksicht auf die Beziehungen, die sie mit Deutschland verbindet...“

Damit wird offen ausgesprochen, daß diese angeblich ausgebeuteten und notleidenden Bauern ausbeuterische Elemente sind, die sich im Kampf gegen die sozialistischen Bestrebungen befinden, die durch die ärmere Bauern mit Hilfe der Sowjetmacht durchgeführt werden. Diese selbst vom deutschen Botschafter dadurch als rassistische Elemente gekennzeichneten Schichten finden also in der sozialdemokratischen Presse ebenso wie in der der Sozialdemokraten die demokratischen einflussreichen Wortführer. Zu welchem Zwecke dies geschieht, geht aus dem weiteren Wortlaut des Briefes Dircksens hervor. Denn v. Dircksens ist nämlich von der deutschen Regierung bereits im Juli mitgeteilt worden, daß man eine „Bewegung der öffentlichen Meinung in Deutschland“ entfachen wolle, das heißt die jetzt ständig vor den Wahlen einziehende Pressebege in Sachen der deutschen Kolonisten seit längerer Zeit vorbereitet worden ist. Der deutsche Botschafter in Moskau wendet sich gegen diese Bestrebungen aus folgenden Gründen und

Kein Arbeiter auf Berliner SPD-Liste!

Brolat entlarvt und weiter Spitzenkandidat

Berlin, 14. November. (Eigene Teilmeldung.)
Das Wahlblatt der Stadt Berlin veröffentlicht die Wahllisten der einzelnen Parteien. Namentlich die sozialdemokratischen Wahlverteilung für Hand und Fuß hat die Karte der einzelnen Kandidaten an, so findet man — keinen Arbeiter. An erster Stelle steht ein Verbauarbeiter, der ihm folgt Rechtsanwalt Weinberg, dann kommt der Geschäftsführer der Berliner Bauarbeitergewerkschaft, Herr Dr. In dieser Reihenfolge werden sich dann erneut Nebstleuten, Sekretäre und Direktoren ab. Ganz am Ende steht ein 17. Stelle steht ein Ingenieur und an 18. Stelle ein Schloßer. Das sind die beiden einzigen Arbeiterkandidaten auf der SPD-Wahlkarte, wobei noch nicht einmal einer ist, ob sie wirklich ihren Beruf noch ausüben.
So mischelt die Sozialdemokratie die Betriebsarbeiter und Gewerbetätigen. Das ist zu reden von den Frauen, von denen zum Teil aber der 21. Stelle zu finden sind.
Dafür aber prangt der Lump Brolat noch wie vor als Spitzenkandidat der SPD im Weddingener Bezirk, obgleich nunmehr im Unterhaltungsverfahren festgestellt wurde, daß seine Parteimitgliedschaft nicht erloschen ist. Die Arbeiterklasse „erinnern“ sich nicht, jemals von Brolat 2000 Mark „in die Tasche gesteckt“ erhalten zu haben. Daß Brolat diese Angabe erloschen hat, geht jedoch aus dem voraus, daß er dem beizulegenden Goldschmiedemann, der den Vorkauf im Auftrag der SPD vorantrieb, ein solches, nach Beginn des Strebens vorantrieb, eine

Üstung über 2000 Mark auszuhehlen. Das Kaufmann lehnte dies natürlich ab, da er von Brolat niemals das Geld bekommen hatte. Damit ist Brolat förmlich schon überführt und seine gegen die „Neue Partei“ angelegte Klage als frecher Waff den Wählern gegenüber entlarvt.

Was sagt die Volkszeitung zu diesen Tatsachen? U. u. g.!

Eine nationalsozialistische Säule gebohrt

Der Gauparagone Spitzenkandidat der NSDAP ausgeschlossen.
Bayern, 14. November.
Wie die bürgerliche Presse weißt, ist der Spitzenkandidat der Gauparagone Liste der Nationalsozialistischen Partei und bisherige Bezirksleiter der Hitlerbewegung, Dr. Schöner, wegen persönlicher Betrügereien und handeltlicher Schandthaten 4 Tage vor der Wahl ausgeschlossen worden. Die Gauparagone Liste hat sich Schöners Herzens zu diesem Schritt entschließen müssen, da die Verhörungen ihres kollektiven Führers über den Kreis ihrer Freunde hinaus bekannt wurden, und der öffentliche Stand nicht mehr zu verwirklichen war. Die Verhörungen des Dr. Schöner dauerten bereits seit Monaten an. Die Gauparagone wertvolle Bevölkerung hat dadurch ein treffendes Beispiel für die Verlogenheit der nationalsozialistischen Propaganda erhalten. Sie wird und muß diese Enttarnung des Gauparagone quilliers durch Nicht der KPD-Dile 41